Initiativantrag

Nein zum Versuch einer militärischen Lösung von Konflikten in Nordafrika und anderswo!

Die GEW Bayern sieht mit Besorgnis die Entstehung eines neuen Kriegsschauplatzes im nördlichen Afrika. Der Versuch, wieder einen regionalen Konflikt mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den Kriegen im Irak und Afghanistan zu sehen und zu bewerten.
Die GEW Bayern begrüßt einerseits die Weigerung der Bundesregierung, sich aktiv an militärischen Angriffen gegen Libyen zu beteiligen, hält dieses Verhalten aber für inkonsequent, da die Bundesregierung wie beim Irakkrieg die Nutzung der Militärbasen gestattet und es zulässt, dass das US-Kommando für Afrika (AFRICOM) in Möhringen bei Stuttgart die Angriffe koordiniert.
Die GEW Bayern bekräftigt frühere Beschlüsse und Erklärungen in Sachen Friedenserziehung, Friedenspolitik und speziell zu so genannten „humanitären" kriegerischen Interventionen. (z.B. Gewerkschaftstagsbeschluss 2001, 1-4, Erklärung des Landesvorstandes vom 13. Oktober 2001)
Daran anknüpfend setzt sich die GEW Bayern beim Hauptvorstand der GEW für eine deutliche Stellungnahme gegen die militärischen Angriffe auf Libyen ein

Die GEW Bayern fordert alle Mitglieder auf

- in den Bildungseinrichtungen die historischen und gesellschaftlichen Hintergründe der aktuellen Konflikte zu thematisieren und sich aud den einschlägigen Seiten der Friedensbewegung (z.B. www.ag-friedensforschung.de, www.friedenskooperative.de, www.ippnw.de, http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg)darüber zu informieren.
- in den Kreisverbänden Anti-Kriegsaktivitäten zu initiieren bzw. vorhandene zu unterstützen (Bsp. Ostermärsche, 1.September-Antikriegstag)
- in diesem Zusammenhang mit anderen DGB-Gewerkschaften Kontakt aufzunehmen

Begründung:

Am 17. März ermächtigte der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1973 (2011) die Mitgliedstaaten, mit allen Mitteln, also auch militärischen, eine Flugverbotszone in Libyen zu errichten.
Was ursprünglich als Durchsetzung einer Flugverbotszone angedacht war, könnte sich nach Meinung ernstzunehmender Experten zu einem langandauernden Krieg mit unabsehbaren Folgen entwickeln. Begründet werden die vor wenigen Tagen von einer sog. Koalition der Willigen unter Führung von Frankreich, USA und Großbritannien begonnenen massiven Luftschläge gegen Libyen mit der Ermächtigung vom UNO-Sicherheitsrat „*... Zivilisten und von Zivilisten bewohnte Gebiete zu schützen*." Während sich in anderen Ländern zu Beginn des Jahres 2011 friedliche Proteste gegen autokratische Regimes entwickelten und wie in Tunesien und Ägypten vorläufig mit der Flucht des jeweiligen Präsidenten endeten oder wie etwa in Jemen und Bahrain nach wie vor anhalten und von den herrschenden Kräften blutig niedergeschlagen werden, brach in Libyen ein Bürgerkrieg aus, den bisher keine der beiden Seiten für sich entscheiden konnte. Mit Sarkozy an der Spitze legten sich westliche Staatschefs sehr schnell darauf fest, den Konflikt in Libyen zu einem Regime-Change zu nutzen. Der Bundesausschuss Friedensratschlag äußerte sich dazu: „*Von Anfang an scheint Regime-Change wie in Afghanistan und im Irak das wahre Ziel des Westens zu sein. Denn der Nutzen eines Regime-Change wäre beträchtlich. Es winkt der uneingeschränkte Zugriff auf die Erdöl- und Erdgasressourcen Libyens. Das libysche Öl, die größten Vorkommen Afrikas, haben einen derzeitigen Marktwert von rund 5 Billionen, das Gas von etwa 500 Mrd. Dollar. Mehr noch: Nach einem Regime-Change könnten westliche Mächte wieder Militärbasen einrichten. Das würde den Status Libyens vor 1969 zu Zeiten König Idris wieder herstellen...*". Also doch wieder Krieg für Öl. Denn auch anderswo werden in diesen Tagen und Wochen Menschenrechte massiv verletzt, werden unbewaffnete Demonstranten brutal niedergeschossen.
Die deutsche Sektion der *»Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges«* (IPPNW) bewertete die Entscheidung des Sicherheitsrates als »*Fortsetzung der alten Einflussnahme und Stellvertreterpolitik des Westens gegenüber diesen Ländern*«. Es gebe »*keinen Bruch des Verhältnisses zu den nordafrikanischen Despotien*«. Zudem äußerte die Organisation Bedenken, ob durch die Maßnahmen tatsächlich der Zivilbevölkerung geholfen werden könne. Und in einer Resolution der Mitgliederversammlung der Organisation heißt es: „*Das Problem der autoritären Regierungen, die von den Volksbewegungen ins Wanken gebracht oder schon gestürzt wurden, liegt wesentlich in der jahrzehntelangen Einflussnahme des Westens und seiner Stellvertreterpolitik begründet. Deswegen warnen wir vor geplanten militärischen Interventionen als einer Fortsetzung dieser Politik mit unabsehbaren Folgen*."